

Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Hauptausschuss	10.08.2009	
Ausschuss Soziales und Senioren	20.08.2009	
Ausschuss Schule und Weiterbildung	24.08.2009	
Verkehrsausschuss	25.08.2009	
Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün	27.08.2009	
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen	31.08.2009	
Ausschuss Bauen und Wohnen	31.08.2009	
Integrationsrat	01.09.2009	
Jugendhilfeausschuss	01.09.2009	
Finanzausschuss	07.09.2009	
Stadtentwicklungsausschuss	08.09.2009	

Anlass:

 Mitteilung der Verwaltung

 Beantwortung von Anfragen
aus früheren Sitzungen

 Beantwortung einer Anfrage
nach § 4 der Geschäftsordnung

 Stellungnahme zu einem
Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Anfrage des RM Helling im Ausschuss für Soziales und Senioren am 08.06.2009 Verbesserung der Bürgerbeteiligung

Herr Helling fragt zum Beschluss des Rates zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung primär in der Verwaltung, wann die bis zur Osterpause zugesagte Vorlage den politischen Gremien vorgelegt werde. Dieser Ratsbeschluss betreffe nicht nur den Sozialbereich, sondern auch die Bereiche Stadtentwicklung und Jugendhilfe. Er bittet kurzfristig den Fraktionen mitzuteilen, aus welchen Gründen die Verwaltung diese Vorlage bisher nicht vorgelegt habe.

Die Verwaltung beantwortet die Anfrage mit folgender Mitteilung:

Der Rat hat die Verwaltung im Jahr 2003 aufgefordert ein Netzwerk zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements aufzubauen. Nach der Entwicklung eines Handlungskonzepts durch Vertreterinnen und Vertreter aus ca. 80 Kölner Dachorganisationen und –verbänden hat sich in 2005 das Kölner Netzwerk Bürgerengagement gegründet. Das

Netzwerk hat sich zum Ziel gesetzt neue Wege zur Engagementförderung zu erschließen, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen und Perspektiven zur Aktivierung des Bürgerengagements in Köln aufzuzeigen. Die Geschäftsführung hat die Kommunalstelle zur Förderung und Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements (FABE) im Amt des Oberbürgermeisters inne.

Die Arbeitsgruppe „Bürgerbeteiligung“ des Kölner Netzwerks Bürgerengagement hat in 2006 Empfehlungen zum Umgang mit Bürgerbeteiligungsverfahren für Rat und Verwaltung erarbeitet. Diese Empfehlungen wurden dem Stadtrat in der Sitzung am 14.12.2006 vorgelegt. Der Rat hat die Empfehlungen zur Kenntnis genommen und die Verwaltung beauftragt zu prüfen, welche Empfehlungen umsetzbar sind, wie und in welchem Zeitraum eine Realisierung möglich ist und welche finanziellen Mittel dafür notwendig sind.

Die Verwaltung hat daraufhin in allen Dienststellen eine Erhebung durchgeführt, welche Bürgerbeteiligungsverfahren dort derzeit schon durchgeführt werden und welche der vom Kölner Netzwerk Bürgerengagement vorgeschlagenen Verfahren man sich für die Zukunft vorstellen kann. Zum Teil haben die Dienststellen auch eigene Vorschläge zur verstärkten Bürgerbeteiligung unterbreitet.

Die Stellungnahmen der Verwaltung wurden ausgewertet und für eine entsprechende Ratsvorlage im April 2008 mit Vorberatungen in den Fachausschüssen vorbereitet. Die zunächst vorgeschlagenen Maßnahmen für 2008 und für 2009 wurden aufgelistet und nicht priorisiert. Diese hätten Kosten von 1.498.000,- € verursacht. Vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage wurden sämtliche Vorschläge erneut überarbeitet.

Mit Ratsbeschluss vom 18.12.2008 wurde die Verwaltung nunmehr beauftragt den Fachausschüssen noch vor der Osterpause 2009 die Ergebnisse ihrer Prüfung als Übersicht mit Vor- und Nachteilen und finanziellen Auswirkungen vorzulegen. Auf Grund der Vorrangigkeit der Arbeiten, die zur Klärung des Einsturzes des Historischen Archivs beigetragen haben, konnte dieser Termin nicht eingehalten werden. Die Dezernate haben indessen geprüft, ob die geschätzten Kosten der vorgeschlagenen Maßnahmen weiter bestehen oder die Maßnahmen anders und kostengünstiger umgesetzt werden können oder ob eine Maßnahme in der Zwischenzeit bereits umgesetzt wurde.

Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung sind nicht kostenfrei zu haben, eine entsprechende Infrastruktur kostet Geld. Es handelt sich hierbei jedoch um eine lohnende Investition, da der Gegenwert den eine Kommune aus der Förderung bürgerschaftlichen Engagements erhält, die eingesetzten Mittel deutlich übersteigt. Obwohl Beteiligungsverfahren Verwaltungsabläufe zunächst verlangsamen und verteuern, können mit deren Anwendung oftmals (nicht eingeplante) Folgekosten vermieden und eine größere Akzeptanz für Planungsprojekte erreicht werden. Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung tragen im Ergebnis zu einer größeren Zufriedenheit der Bevölkerung bei.

Das Prüfergebnis „Aktueller Stand und mögliche Maßnahmen zur Ausweitung von Verfahren der Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung“ (siehe Anlage 1) sollte dem Rat am 30.05.2009 vorgelegt werden. Die Übersicht stellt im ersten Teil (Ifd. Nr. 1-13) Maßnahmen dar, die von der Verwaltung zur Umsetzung vorgeschlagen werden. Der zweite Teil (Ifd. Nr. 14-69) zeigt die Maßnahmen auf, die in der Verwaltung schon durchgeführt werden und deren Finanzierung derzeit gesichert ist.

Die Kosten der Maßnahmen 1-13 würden ca. 626.700 € betragen. Damit wurden die errechneten Kosten um zwei Drittel gesenkt. Beabsichtigt war zunächst nur rund 22.500 EUR des Gesamtvolumens für Maßnahmen von geringem Umfang zu verwenden (siehe

Anlage 2). Die endgültige Entscheidung über die tatsächliche Umsetzung der kostenintensiven Maßnahmen (Volumen von 604.200 EUR) und damit auch der Mittelfreigabe sollte den zuständigen Fachausschüssen vorbehalten bleiben.

Die Umsetzung der geringfügigen Maßnahmen sollte zum 01.01.2010 beginnen, um dem Rat erste Ergebnisse zur Wirksamkeit der angewandten Bürgerbeteiligungsverfahren zum 01.01.2011 vorzulegen. Anschließend sollte über die weitere Finanzierung beraten werden. Angesichts der aktuellen Haushaltssituation sind keine Finanzierungsmöglichkeiten vorhanden, so dass das weitere Vorgehen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zunächst zu klären ist.

gez. Schramma